



Niedersächsische Staatskanzlei
Ministerpräsident
Stephan Weil
Planckstraße 2
30169 Hannover

Hannover, 15. März 2024

Offener Brief

Wirtschaftliche Sicherung der Krankenhäuser – Bundesratssitzung am 22. März 2024

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Weil,

die **Niedersächsische Allianz für die Krankenhäuser** appelliert an Sie, schnellstmöglich Klarheit hinsichtlich der dringend notwendigen (Finanz-) Hilfen für die Krankenhäuser zu schaffen. Der bisherige Schwebezustand ist in keiner Hinsicht mehr tragbar.

Die von Ihnen persönlich und aus Niedersachsen heraus angestoßene Initiative des Bundesrates in seiner Sitzung am 24. November 2023, in der angesichts der dramatischen Situation der Krankenhäuser eine konkrete Unterstützung bei den Betriebskosten im Jahr 2024 eingefordert wurde, zeigt, dass Ihnen der Ernst der Lage vollkommen bewusst ist.

Noch immer leiden die Kliniken unter den Folgen der hohen Inflation und einer bis heute fehlenden Erlösanpassung durch die Bundesregierung. Infolge der systematischen Unterfinanzierung – insbesondere in den Jahren 2022 und 2023 – seitens des Bundes sind viele Krankenhäuser inzwischen insolvenzgefährdet oder können nur noch aufgrund einer massiven Querfinanzierung ihrer Träger bestehen, die hierfür ihre Reserven aufzehren bzw. im Falle der Kommunen zum Ausfallbürgen für den Bund werden. Diese Entwicklung gefährdet zunehmend die Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum und Investitionen in die Aufrechterhaltung der kommunalen Infrastruktur insgesamt.

Schon heute kommt es in Niedersachsen zu wirtschaftlich bedingten Schließungen von Krankenhausstandorten oder Abteilungen. Von der Sparpolitik des Bundes sind nicht zuletzt auch die Geburtshilfe, die Kinder- und Jugendmedizin und die Psychiatrie betroffen. Unter den derzeitigen Rahmenbedingungen ist davon auszugehen, dass sich die Versorgung der Patientinnen und Patienten in Niedersachsen mittelfristig verschlechtern wird – allen anderslautenden Behauptungen des Bundesgesundheitsministers zum Trotz.

Die **Niedersächsische Allianz für die Krankenhäuser** hat große Sorge, dass die bisherigen Appelle aus Niedersachsen an den Bund keine Wirkung entfalten. Entgegen aller Ankündigungen des Bundesgesundheitsministers ist aktuell nicht absehbar, dass die akute Notlage der Kliniken durch die Verabschiedung des Krankenhaustransparenzgesetzes am 22. März 2024 im Bundesrat gelindert wird.

Es sind keinerlei Zeichen erkennbar, dass die von allen Bundesländern eingeforderte Anhebung des Landesbasisfallwertes bzw. der Krankenhausvergütungen noch im Jahr 2024 vom Bund umgesetzt wird. Im Gegenteil: Die bisherigen Entwürfe für Gesetzestexte sowie die aktuellen Äußerungen des Bundesgesundheitsministers lassen den eindeutigen Schluss zu, dass eine rückwirkende Anhebung der Krankenhausvergütungen **im Jahr 2024 nicht** umgesetzt werden soll.

Nach unseren Informationen war aber gerade diese Anpassung des Landesbasisfallwertes bzw. der Krankenhausvergütungen im Jahr 2024 zur schnellen wirtschaftlichen Absicherung der Krankenhäuser ein Kernbestandteil der Verabredungen im Rahmen des Vermittlungsausschusses am 21. Februar 2024. Nur unter dieser Voraussetzung, so haben wir es wahrgenommen, hat das Land Niedersachsen dem Krankenhaustransparenzgesetz im Vermittlungsausschuss letztlich zugestimmt.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, die **Niedersächsische Allianz für die Krankenhäuser** fordert Sie daher auf, in der Bundesratssitzung am 22. März 2024 gegen das Krankenhaustransparenzgesetz in der vorliegenden Fassung zu stimmen, wenn an diesem Tag keine klaren, schnellen und verbindlichen wirtschaftlichen Hilfen für die Krankenhäuser verabschiedet werden.

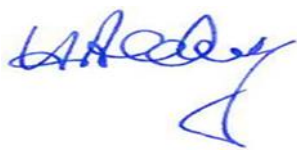
Insbesondere geht es um die Umsetzung des oben genannten, von Ihnen initiierten Bundesratsbeschlusses. Nötig ist eine basiswirksame Erhöhung der Landesbasisfallwerte und der Krankenhausvergütungen um 4 Prozent im Jahr 2024. Was im Transparenzgesetz an Liquiditätshilfen angekündigt wurde, reicht nicht aus, um die derzeitigen Verluste der Kliniken aufzufangen und entfaltet auch nur vorübergehend seine Wirkung.

Die Mitarbeitenden in den Krankenhäusern bekommen jetzt im März ihre – verdienten – Tarifsteigerungen von im Schnitt zehn Prozent. Die Träger der Krankenhäuser zahlen die durch das mangelhafte Bundesgesetz entstandene Lücke – auch resultierend aus dem fehlenden Inflationsausgleich der letzten beiden Jahre – aus eigener Tasche. Das Geld fehlt an anderer Stelle.

Das Vertrauen der Krankenhäuser in die Versprechungen des Bundesgesundheitsministers wurde bislang immer wieder enttäuscht. Diese Form der Ankündigungspolitik hilft den Krankenhäusern nicht weiter, sondern nur sofort wirksame Vergütungsanhebungen, die über reine Liquiditätshilfen hinausgehen. Zudem muss im ureigenen Interesse der Länder an der von ihnen zu verantwortenden Krankenhausplanung vor einer Zustimmung zu dem Krankenhaustransparenzgesetz sichergestellt sein, dass der Gesetzentwurf des Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetzes keine Regelungen (mehr) enthält, die sich nachteilig auf die Planungskompetenz der Länder auswirken oder diese gar konterkarieren.

Es ist höchste Zeit für Ihren – erneuten – persönlichen Einsatz, damit die flächendeckende Krankenhausversorgung in Niedersachsen nicht in Gefahr gerät.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Hans-Heinrich Aldag,

Vorsitzender Niedersächsische Krankenhausgesellschaft,

im Namen der **Niedersächsischen Allianz für die Krankenhäuser** für folgende Verbände:

- Ärztekammer Niedersachsen
- AWO
- Caritasverband für die Diözese Hildesheim
- Caritasverband für die Diözese Osnabrück
- Deutsches Rotes Kreuz Landesverband Niedersachsen
- Diakonisches Werk evangelischer Kirchen in Niedersachsen
- Kommunalen Arbeitgeberverband Niedersachsen
- Landes-Caritasverband für Oldenburg
- Marburger Bund, Landesverband Niedersachsen
- Niedersächsische Krankenhausgesellschaft
- Niedersächsischer Landkreistag
- Niedersächsischer Pflegerat
- Niedersächsischer Städte- und Gemeindebund
- Niedersächsischer Städtetag
- Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen
- ver.di Landesbezirk Niedersachsen-Bremen
- Verband der Krankenhausdirektoren Deutschlands, Landesgruppe Niedersachsen
- Verband leitender Krankenhausärztinnen und -ärzte
- Verband der Privatkliniken Niedersachsen und Bremen